

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 16.12.2020
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:05 Uhr
Ort, Raum: Schelmenbuschhalle Langensteinbach, Am Schelmenbusch, 76307 Karlsbad

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Jens Timm

FDP / Liberale Liste Karlsbad

Herr Björn Kornmüller

Freie Wähler

Frau Heike Christmann

Herr Jürgen Herrmann

Herr Otto Höger

Herr Joachim Karcher

Herr Hans-Gerhard Kleiner

Frau Heidi Ochs

Herr Karl-Heinz Ried

Herr Michael Wenz

CDU

Herr Günter Denninger

Herr Jürgen Dummler

Herr Peter Kiesinger

Herr Steffen Langendörfer

Herr Roland Rädle

Herr Norbert Ried

SPD

Herr Reinhard Haas

Herr Klaus Steigerwald

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Heike Günther

Herr Thomas Guthmann

Herr Andreas Hartmann

Frau Sabine Kronenwett

Frau Simone Rausch

Herr Uwe Rohrer

Frau Dr. Susanna Vollmer

Protokollführer

Herr Hans-Dieter Stößer

von der Verwaltung

Frau Petra Goldschmidt

Herr Joachim Guthmann
Herr Benedikt Kleiner
Herr Ronald Knackfuß
Herr Simon Müller
Herr Dr. Klaus Rösch

Abwesend:

Freie Wähler

Herr Alexander Bodemer

CDU

Herr Nicki Konstandin

SPD

Herr Michael Nowotny
Frau Cornelia Nürnberg
Herr Jens Walch

Tagesordnung:

- 1 **Bekanntgaben**
- 2 **Fragen der Gemeinderäte**
- 3 **Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Gemeinde Karlsbad für die Haushaltsjahre 2021/2022**
Vorlage: 20/1024/2020
- 4 **Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2019**
Vorlage: 20/1030/2020
- 5 **Vorinformation zu Videositzungen des Gemeinderates u.A. gem. § 37a GemO**
Vorlage: 10/1040/2020
- 6 **Beratung und Beschlussfassung über die Verwendung von Haushaltsmitteln zur außerplanmäßigen Zuschussgewährung an Vereine und Institutionen im Rahmen der Corona Pandemie**
Vorlage: 10/1041/2020

- 7 **Beratung und Beschlussfassung über den Erlass einer Stellplatzsatzung in Karlsbad**
 - a) Abwägung über die im Rahmen der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen
 - b) Fassen des Satzungsbeschlusses**Vorlage: 60/1032/2020**

- 8 **Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Reutäckerstraße 12**
Bauantrag: Erweiterung eines Lager- und Produktionsgebäude mit Büros
Grundstück: Reutäckerstraße 12, Ittersbach, Flst. 5908, 5909
Vorlage: 60/1023/2020

- 9 **Beratung und Beschlussfassung wegen überplanmäßiger Ausgaben (Rückzahlung zu viel überwiesener Gelder des RP Karlsruhe) bei der Baumaßnahme „Sanierung Haupt- und Spielberger Straße“ in Karlsbad-Langensteinbach**
Vorlage: 60/1039/2020

- 10 **Genehmigung von Protokollen**

- 11 **Verschiedenes**

- 12 **Fragen der Zuhörer**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass durch Ladung vom 08.12.2020 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und das Gremium beschlussfähig ist, weil 25 Gemeinderäte einschließlich Vorsitzender anwesend sind sowie die Sitzung im Mitteilungsblatt vom 10.12.2021 öffentlich bekannt gemacht worden war.

Als Urkundspersonen werden ernannt:

Gemeinderäte Herrmann Jürgen, Rädle Roland, Haas Reinhard, Rohrer Uwe

zu 1 Bekanntgaben

Der Vorsitzende gibt Vergaben aus dem Ausschuss für die Sanierung des Schulzentrums bekannt:

Die Haushaltsmittel für die Sanierung des Schulzentrums Karlsbad betragen ca. 17.500.000,-EUR brutto. Die Vergaben/Ausschreibungen, Abrechnungen heutiger Stand, liegen insgesamt mit ca. 178.108,-EUR brutto unter dem Kostenrahmen, incl. den heutigen Vergaben. Mit den nachfolgenden Vergaben seien bisher Aufträge in Höhe von ca. 6,9 Mio. € brutto vergeben. Das entspreche ca. 47% der Gesamtkosten ohne Nebenkosten. Von den anstehenden 6 Vergaben waren 4 EU-weit ausgeschrieben.

Trockenbauarbeiten 3. TA (Musikräume - beschränkte Ausschreibung)

Versand der Unterlagen an 6 Firmen, Abgabe von 5 Angeboten – Vergabe an Fa. Mohr&Hornikel GmbH, 76228 Karlsruhe zu brutto 48.482,03 €, Kostenberechnung nach DIN 276 insgesamt brutto 55.995,45 €.

Dachabdichtungsarbeiten 2. TA (beschränkte Ausschreibung)

Versand der Unterlagen an 4 Firmen, Abgabe von 2 Angeboten – Vergabe an Fa. Marquardt GmbH, 68753 Waghäusel zu brutto 27.4388,14 €, Kostenberechnung nach DIN 276 insgesamt brutto 32.409,65 €.

Raumlufttechnische Anlagen 2. TA (EU-weite Ausschreibung)

Anforderung der Unterlagen durch 11 Firmen, Abgabe von 9 Angeboten – Vergabe an Fa. Haag GmbH, 76829 Landau zu brutto 647.680,59 €, Kostenberechnung nach DIN 276 insgesamt brutto 527.062,90 €. Die höheren Kosten werden durch Einsparungen innerhalb der KGR 400 erreicht (Gewerk Heizung und Sanitär 3.TA).

Heizanlagen DIN 18380-3.TA und Sanitärinstallationen DIN 18381-3.TA (EU-weite Ausschreibung)

Anforderung der Unterlagen durch 11 Firmen, Abgabe von 4 Angeboten – Vergabe an Fa. Gross GmbH, 76461 Muggensturm zu brutto 556.305,57 €, Kostenberechnung nach DIN 276 insgesamt brutto 679.462,63 €. Mit diesem Gewerk werden die höheren Kosten im Gewerk Lüftung ausgeglichen.

Neueinrichtung Naturwissenschaftliche Fachräume (EU-weite Ausschreibung)

Anforderung der Unterlagen durch 4 Firmen, Abgabe von 2 Angeboten – Vergabe an Fa. Hohenloher Spezialmöbelwerk Schaffitzel GmbH & Co. KG, 74613 Öhringen zu brutto 912.387,91 €, Kostenberechnung nach DIN 276 insgesamt brutto 921.399,15 €.

Mobile Trennwände(EU-weite Ausschreibung)

Anforderung der Unterlagen durch 8 Firmen, Abgabe von 4 Angeboten – Vergabe an Fa. Abopart GmbH, 26160 Bad Zwischenahn brutto 66.442,46 €, Kostenberechnung nach DIN 276 insgesamt brutto 90.916,00 €.

zu 2 Fragen der Gemeinderäte

2.1 Öffentliche Sitzung/Lockdown

GR Jürgen Dummler (CDU) fragt nach, ob eine ordnungsgemäße öffentliche Sitzung überhaupt möglich sei, da infolge des Lockdowns eine nächtliche Ausgangssperre ab 20.00 Uhr gelte. Infolgedessen könnten die Bürgerinnen und Bürger gar nicht die ganze Zeit an einer länger gehenden öffentlichen Sitzung teilnehmen.

Der Vorsitzende und Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutern die Sachlage. Bürger und Bürgerinnen könnten trotz der nächtlichen Ausgangsbeschränkung ohne einen Rechtsverstoß zu begehen auch nach 20.00 Uhr noch von der öffentlichen Gemeinderatssitzung nach Hause gehen. Da der erneute Lockdown nach dem Redaktionsschluss für die Einladung zur öffentlichen Sitzung des Gemeinderates erfolgt sei, habe man auch keine weiteren Informationen hierzu mehr ins Mitteilungsblatt aufnehmen können.

zu 3 Beratung und Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Gemeinde Karlsbad für die Haushaltsjahre 2021/2022 Vorlage: 20/1024/2020

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass sich die Fraktionssprecher mit ihm im Vorfeld darauf geeinigt hätten, keine Haushaltsreden zu halten und die Redebeiträge stattdessen unverändert im Mitteilungsblatt abdrucken zu lassen. Lediglich Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt soll einen Haushaltsüberblick geben.

GR Hans Kleiner (Freie Wähler) sagt, dass er mit dem Nichthalten der Reden nicht einverstanden sei. Die Diskussion – für und wider der Einzelpositionen – sei bei dieser Vorgehensweise nicht erkennbar. Die Verabschiedung erfordere eine öffentliche Beratung. GR Günter Denninger (CDU) schließt sich dem an. GR Reinhard Haas (SPD) sagt unter anderem, dass es ein Recht, jedoch keine Pflicht sei, Haushaltsreden zu halten. GR Björn Kornmüller (FDP/Liberale Liste) bringt eine Verlegung der Beratungen ins Spiel, GR Jürgen Dummler (CDU) meint, dass die Reden gehalten werden könnten.

Der Vorsitzende antwortet, dass es keine gesetzliche Grundlage gebe nach der Haushaltsreden gehalten werden müssen. Die Reden würden im Netz und im Mitteilungsblatt öffentlich gemacht. Mögliche Reden, Fragen oder Anmerkungen könnten jederzeit gehalten bzw. gestellt werden. Die Verwaltung halte sich aufgrund der besonderen Umstände zurück und stelle lediglich die Daten dar. Die heutige Gemeinderatssitzung sei rechtlich als ordentliche öffentliche Sitzung einberufen worden.

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt gibt daraufhin folgenden Überblick über das Zahlenwerk (wörtlicher Redebeitrag):

Auch wir als Kommune wurden neben vielen Betrieben von der Corona-Krise getroffen. Schließung der Volkshochschule, der Bücherei, verspäteter Start in die Freibadsaison und, bei der Bevölkerung besonders spürbar, die geschlossenen Kindergärten und Kernzeiten. Durch Mehraufwendungen und Mindererträge wurde die Gemeinde mit rund 2,8 Millionen € belastet. Das Land leistete Soforthilfen in 3 Tranchen in Höhe von rund 300.000 € und zusätzlich erhielt die Gemeinde eine Gewerbesteuerkompensation in Höhe von rund 1,6 Millionen €. Durch alle Ersätze erfolgte eine Entlastung von rund 1,9 Millionen Euro. Somit musste

die Gemeinde aus eigenem Vermögen rund 900.000 € auffangen. Dies ist jedoch sicher nicht abschließend.

Ergebnishaushalt:

Steuern und Umlagen

Gerade die Gewerbesteuer zeigt sich in 2020 noch sehr positiv. Jedoch ist uns jetzt schon bewusst, dass mit den Steuererklärungen für 2020, die die Betriebe in 2021 und 2022 erstellen, mit einem deutlichen Rückgang zu rechnen ist. Wie sich dieser genau Bemessen wird ist natürlich rein spekulativ, aber orientiert sich am Haushaltserlass 2021 vom 14.10.2020, sowie der Fortschreibung der Orientierungsdaten vom 20.11.2020 und des aktualisierten Testbescheides ebenfalls vom 20.11.2020. Daher nun zu unseren Prognosezahlen.

Die Grundsteuer bleibt gewohnt konstant und wird sich voraussichtlich noch leicht erhöhen. Bei der Gewerbesteuer liegt der Ertrag 2020 nach aktuellem Stand bei rund 8,5 Millionen €. Die Gewerbesteuer war mit 6,5 Millionen € im Haushalt angesetzt. Jedoch muss davon ausgegangen werden, dass sich dieses Bild mit den eingehenden Jahresveranlagungen für 2020 in 2021 und 2022 ändern wird. Für die Gewerbesteuer wurde für die Jahre 2021 ff. ein Ansatz von 4,5 bzw. 5,5 Millionen € gerechnet, der sich in der Finanzplanung dann wieder auf 6,5, 7,0 und 7,5 Millionen € erhöhen wird. Nach den aktualisierten Orientierungsdaten schätzt das Land den gesamten Gemeindeanteil der Einkommenssteuer 2021 auf rund 6,7 Milliarden €. Für 2022 wird die Prognose auf 7 Milliarden € angehoben. Die Geschäftsstelle des Gemeindetages empfahl jedoch eine weitergehende Reduzierung des Ansatzes. Weiter wirkt sich negativ aus, dass die Schlüsselzahl für Karlsbad zum 01.01.2021 reduziert wurde, das heißt, wir erhalten einen geringeren Anteil aus einer geringeren Summe. Der gleiche Schlüssel wird beim Familienleistungsausgleich angesetzt. Die Ansätze 2021 und 2022 für den Gemeindeanteil der Einkommenssteuer betragen daher 10,2 Millionen € und 10,5 Millionen €.

Die Gemeinde kann 2021 voraussichtlich mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von 4,89 Millionen Euro und einer Investitionspauschale im Umfang von 1,29 Millionen € vom Land rechnen. Für 2022 erhöhen sich die Schlüsselzuweisungen voraussichtlich auf 4,98 Millionen €. Die Investitionspauschale bleibt konstant. Basisjahr ist jeweils das zweitvorangegangene Jahr. Aus diesem Grund sinkt die Schlüsselzuweisung auch so drastisch. Die Jahre 2019/2020 waren in Karlsbad durch ein hohes Steueraufkommen geprägt, was sich nun zwei Jahre später durch eine geringere Schlüsselzuweisung und höhere Umlagenlast spiegelt. Aus diesem Bereich entsteht ein massiver Minderertrag von rund 5 Millionen €. Zusammengefasst kann man sagen: weniger Steueraufkommen, geringere Zuweisungen und nun kommt noch der dritte Block höhere Umlagen. Bei den Umlagen 2021 gegenüber 2020 sieht man bereits einen deutlichen Anstieg. Dies liegt an dem sehr guten Basisjahr 2019. Die Ansätze der Gewerbesteuerumlage richten sich nach der prognostizierten Höhe der Gewerbesteuererträge für das jeweilige Jahr. Die Bemessung ist 35% der hebesatzbereinigten Gewerbesteuer. Es ergibt sich somit eine Gewerbesteuerumlage in Höhe von 460.000 € für 2021 und 560.000 € für 2022. Die Finanzausgleichsumlage und Kreisumlage 2021 werden auf Grundlage des Referenzjahres 2019 berechnet. Aktuell beträgt die Kreisumlage 30%. Für 2021 wurde ohne Erhöhung kalkuliert, für die Jahre ab 2021 mit 31%. Ein Prozentpunkt beträgt ca. 200.000 € für die Gemeinde Karlsbad. Dies ist für uns eine schmerzhaft hohe Höhe. Jährlich fließen so über 7 Millionen € in die Kreisumlage. Im Vergleich zu dem Steueraufkommen gesehen übersteigt dies die Gewerbesteuer, welche jedoch nicht mal voll bei der Kommune verbleibt.

Für 2022 ist mit weiter steigenden Umlagen zu rechnen. Grund dafür ist auch hier das starke Basisjahr 2020. Hier zählt als Sondereffekt zu dem Gewerbesteueraufkommen in Höhe von 8,5 Mio. € auch noch die Gewerbesteuerkompensation mit 1,6 Mio. € zur Umlagenbasis hinzu. Somit ergibt sich eine rechnerische Gewerbesteuer von über 10 Mio. In der Kombination mit den wegbrechenden Steuereinnahmen in 2021/2022 ist dies eine sehr ungute Kombination.

Insgesamt ergibt sich ein Minderertrag von 5 Millionen €, sowie hieraus ein Mehraufwand von 760.000 Euro. Somit ein um fast 6,8 Millionen € verschlechtertes Ergebnis.

Größte Veränderungen zum Haushalt 2019/2020

Die Personalkosten blieben konstant, trotz Tarifsteigerungen. Die Sach- und Dienstleistungen sind um 100.000 € angestiegen, jedoch am deutlichsten steigen die Abschreibungen, die durch die Investitionen entstehen, um rund 600.000 €. Die Zinsen sinken auch mit der Kreditaufnahme. Die Schulbudgets wurden um rund 95.000 € erhöht, sowie das Budget in der Bücherei angepasst. Trotz allgemeiner Preissteigerung erfolgt somit kaum eine Erhöhung der Ansätze. Dies spricht für eine sparsame Haushaltswirtschaft. Wie Sie vermutlich bereits fürchten sieht das Jahresergebnis mit 5 Millionen € Mindererträgen und fast 1 Million € Mehrausgaben nicht so gut aus.

Prognostizierte Jahresergebnisse auf Basis der Doppik

Das prognostizierte Jahresergebnis auf Basis der Doppik stellt sich in 2020 bisher besser als geplant dar. Das Durchschnittsergebnis 2020 bis 2025 beträgt jedoch -643.000 €. Die Jahre 2021 und 2022 fallen hierbei massiv schlecht aus. 2021 hat ein prognostiziertes ordentliches Ergebnis von -5,4 Millionen € und 2022 von -6,6 Millionen €. Die Jahre 2023-2025 normalisieren sich wieder und glänzen mit geplant positiven Jahresergebnissen.

Der Haushaltsausgleich nach dem Gesetz

Der Haushaltsausgleich nach Idealfall ist so, dass die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen decken. Dies ist in den Jahren 2023, 2024 und 2025 möglich. Es kann ein Ausgleich im ordentlichen Ergebnis erfolgen. In 2021 und 2022 wird die Ergebnisrücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses verwendet. Somit wird die 3. Stufe des Haushaltsausgleiches genutzt. In dieser Ergebnisrücklage sind rund 21,5 Millionen € aus den Jahren 2010 bis 2019 vorhanden. Es muss also nicht auf das Sonderergebnis zugegriffen werden und auch kein Fehlbetrag veranschlagt werden. Alle Jahre sind formell rechtmäßig und ausgeglichen, 3 der 5 Jahre sogar nach Idealfall.

Rücklagen

Die bestehende ordentliche Rücklage von 21,5 Millionen € mindert bzw. erhöht sich jeweils um das ordentliche Ergebnis. Beim Ende des Planungszeitraumes beträgt die Rücklage noch 16,5 Millionen €. Die Rücklage aus dem Sonderergebnis wird wieder ins Basiskapital umgebucht. Herr Müller wird Ihnen dies gleich im Rahmen des Jahresabschlusses 2019 vorstellen. Es erfolgt keine Planung des außerordentlichen Ergebnisses. Den genauen Stand der Rücklage sehen wir jeweils im Jahresabschluss.

Prognostizierte Jahresergebnisse auf Basis der Kameralistik

Es lohnt sich auch stets ein Blick auf das prognostizierte Jahresergebnis auf Basis der Kameralistik. Auch kameral spiegeln sich die doppelischen Ergebnisse wieder, d.h., auch auf den Zahlungsfluss betrachtet stehen uns zwei schlechte Jahre und dann wieder bessere Jahre bevor.

Die durchschnittliche Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt wäre positiv mit 2,7 Millionen €.

Lassen Sie uns nun den Finanzhaushalt betrachten.

Finanzhaushalt

Voraussichtliche Entwicklung der Liquidität

Seit Mitte 2011 besteht kein Kassenkreditbedarf mehr. In der hier dargelegten Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Liquidität weist die Zeile 8 den Kontostand basierend auf der Planung 2020 aus. Die voraussichtliche Liquidität zum Jahresende beträgt mind. 13,5 Millionen €, daher wurde parallel hiermit weiter geplant. Die durchschnittliche Mindestliquidität nach §22 GemHVO mit 2% des Durchschnittes der letzten 3 Jahre in den Auszahlungen des Ergebnishaushaltes beträgt 795.000 €. Mit den derzeit rund 14 Millionen € auf den kommunalen Konten kann dies durchgängig erreicht werden. Vorsorglich enthält die Haushaltssatzung eine Kassenkreditermächtigung über 2 Millionen € um eventuelle Liquiditätsspitzen kurzfristig abfangen zu können.

Verschuldung

Wir haben wie gerade erwähnt derzeit noch eine gute Liquidität von rund 14 Millionen €. Für 2021 und einen Teil von 2022 würden diese liquiden Mittel noch ausreichen, jedoch sollte eine Kreditaufnahme in sinnvollen Einheiten erfolgen. Die Kreditaufnahme darf jeweils die Investitionen nicht übersteigen. Im bestehenden Haushaltsplan waren bereits Kreditaufnahmen über 4,5 Millionen € eingeplant. Diese erhöhen sich nun auf 5 Millionen € in 2021, 8,5 Millionen € in 2022 sowie 1,5 Millionen € in 2023. Insgesamt müssen nun 15 Millionen € über den 5-Jahres-Zeitraum aufgenommen werden. Eine Entschuldung kann nicht mehr erreicht werden. Der hohe Kreditbedarf resultiert hauptsächlich aus den Investitionen, welche in einem sehr hohen Umfang geplant sind. Wir reden hierbei über Auszahlungen von rund 58 Millionen €. Dies ist nicht mehr durch eigene Investitionsmittel abzubilden. Investive Einzahlungen aus Förderungen und Vermögensabgang stehen in Höhe von 30 Millionen gegenüber. Der Landesschnitt der Verschuldung bei Gemeinde inkl. Eigenbetrieb betrug zum 31.12.2019 1.658 €/EW. Selbst wenn eine Kreditaufnahme in der nun hier dargestellten Höhe realisiert würde, betrüge die Verschuldung je Einwohner zum 01.01.2025 max. 1.043 €.

Investitionen

Die größte Projekt ist, wie auch im vergangenen Doppelhaushalt 2019/2020 die Sanierung Schulzentrums. Mit einer Gesamtinvestition von 16,5 Mio. € erhält die Gemeinde Karlsbad eine Förderung über 7,3 Mio. €. Davor muss das Vorhaben jedoch in 2023 abgeschlossen sein. In dem aktuellen Haushalt wurden nun Mittel in 2021 und 2022 von 10,5 Mio. € bereitgestellt. Hinzu kommt im Bereich Schule und Kindergarten die Sanierung des Kindergarten Spielbergs mit 490.000 € und perspektivisch die Schaffung einer neuen Gruppe in Spielberg. Aber auch in unsere Infrastruktur die Straßen, Kanäle und Wasserleitungen wird investiert. Eines der größten Vorhaben ist hierbei der Ausbau der St. Barbara Straße, welchen wir eigentlich dieses Jahr schon vornehmen wollten. Hierbei werden 1,2 Mio. € an Baukosten eingebracht. Die Gemeinde Karlsbad hat in den vergangenen Jahren konstant die Umstellung auf LED-Straßenbeleuchtung vorangetrieben. Dieser Wechsel soll nun in den kommenden zwei Jahren abgeschlossen werden. Hierzu werden nochmals Mittel in Höhe von 150.000 € bzw. 350.000 € aufgebracht. Der Ausbau der L623 wurde vor sehr genau einem Jahr zur Befahrung freigegeben, begleitend hat die Gemeinde Karlsbad die parallel verlaufenden Feldwege in Stand gesetzt. Als weitere Begleitmaßnahme wird nun die Wasserversorgung im Steinig

ebenfalls erneuert. Die Mittel in Höhe von 650.000 € sind im nächsten Jahr eingeplant. Das Radverkehrskonzept, welches vom Gemeinderat verabschiedet wurde soll weiter vorangetrieben werden. Wir haben uns als Vorgabe gemacht 150.000 € pro Jahr in den nächsten Jahren zu investieren. Wenn möglich sollen die Projekte nach dem LGFVG mit bis zu 50% gefördert werden. Für 2021 sind die Planungen etwas üppiger, da für 300.000 € eine überdachte Fahrradabstellanlage an der Jahnhalle geschaffen werden soll. Der Förderbescheid über hier 282.000 € liegt bereits vor. Weitere 40.000€ sollen in die Planung einer Fahrradüberquerung zwischen Auerbach und Langensteinbach fließen. Diese Position wurde auf Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen innerhalb der Haushaltsklausur aufgenommen. Ebenfalls bereits seit Jahren und durch Corona noch wichtiger als je zuvor, begleitet uns das Projekt Breitbandausbau. In den kommenden 5 Jahren werden weitere 5,4 Mio. € investiert. Inzwischen haben sich die Förderbedingen verbessert und es ist mit einer Förderung über 3,5 Mio. € zu rechnen. Die Gemeinde wird hier tätig wo der Markt versagt. Gerade mit Homeoffice und Telearbeit hat der Breitbandausbau eine hohe Relevanz für unsere Bürger. Neben den gerade angesprochenen Tiefbaumaßnahmen, stehen auch div. Projekte im Hochbau an. In den kommenden zwei Jahren soll für 1,7 Mio. € eine neue Aussegnungshalle in Langensteinbach entstehen. Gerade in der letzten Sitzung hatten wir die Architektenleistungen hierzu vergeben. Im nächsten Jahr soll ebenfalls ein Konzept zur zukünftigen Nutzung und Gestaltung der Minigolfanlage mit Gaststätte „zur Brunnenstube“ erstellt werden. Neben der Planungsrate über 50.000 € sind

Ausführungsraten in 2022 über 200.000 € bzw. 160.000 € geplant. Im Bereich der Zukunftsprojekte ist ebenfalls die Sanierung der Jahn- und Schelmenbuschhalle einzuordnen. Da hier größere Dimensionen anstehen wird der Gemeinderat auf Antrag der Freien Wähler eine Klausurtagung zum Thema „Hallenkonzept für Karlsbad“ abhalten. Für unsere gemeindlichen Zukunftspläne sind auch die Baugebiete existenziell und in diesem Haushalt stehen gleich drei in den Startlöchern. Als erstes wird in den Jahren 2021/2022 das Baugebiet Schaftrieb in Langensteinbach für 3,3 Mio. € erschlossen. In den Jahren 2022/2023 folgenden die Erschließung Holderäcker II in Spielberg mit 2,6 Mio. € und des Mischgebiets Bürgerstraße in Mutschelbach mit 1,2 Mio. €. Bereits jetzt ist uns klar, dass die Nachfrage nach gemeindlichen Bauplätzen das Angebot übersteigen wird. Eine weitere Maßnahme in Mutschelbach wird die Ertüchtigung des Hochwasserrückhaltebeckens für 800.000 € sein. Hierbei wird der inzwischen gesetzlich vorgeschriebene zweite Ablauf geschaffen um auch den Hochwassern der Zukunft gewappnet gegenüber zu stehen. Finanziell betrachtet haben wir diese „Sicherheit“ für die Zukunft auch mit diesem kompletten Zahlenwerk vollbracht. Der Haushaltsplan 2021/2022 ist geprägt von sehr geringen Kostensteigerungen in den beeinflussbaren Bereichen, leider jedoch auch von wegbrechenden Steuereinnahmen, geringen Finanzzuweisungen, höheren Umlagen. Wie bereits dargestellt stehen uns zwei schmale Jahre bevor. Um dem wirtschaftlichen Trend entgegen zu halten und antizyklisch zu handeln wird weiterhin sinnvoll und zielgerichtet investiert, daher enthält dieser Haushalt auch Rekordinvestitionen mit 36,5 Mio. € in den nächsten zwei Jahren und 58,2 Mio. € in den kommenden fünf Jahren. Dem stehen immerhin investive Einzahlungen durch Förderungen und verkaufen in Höhe von 29,6 Mio. € gegenüber. Abschließend möchte ich mich bei dem Gemeinderat für die konstruktiven Beratungen bedanken.“

Ergänzende Anmerkung zum Protokoll: Die Haushaltsreden wurden alle im Mitteilungsblatt Nr. 01/02 am 14.01.2021 abgedruckt.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan der Gemeinde Karlsbad für die Haushaltsjahre 2021 mit Finanzplanung der Jahre 2020 bis 2025. Die Fortschreibung der Finanzplanung auf 2025 wird aus rechtlichen Gründen Ende 2021 nochmals beschlossen.

Mehrheitlich beschlossen Ja 22 Nein 2 Enthaltung 1

zu 4 Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2019 Vorlage: 20/1030/2020

Der stellvertretende Rechnungsamtsleiter Simon Müller gibt mit einer Powerpointpräsentation auf Basis der Vorlage einen Überblick über die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses.

GR Hans Kleiner (Freie Wähler) erkundigt sich nach den eingesparten Investitionen in Höhe von ca. 7 Millionen Euro. Diese könne man, falls gewünscht, auflisten, so Müller.

GR Günter Denninger (CDU) sieht den Anstieg der Personalkosten in den Jahren 2014 bis 2020 im Vergleich zu 2009 bis 2014 kritisch. Dieser ginge über die Tarifsteigerungen hinaus. Der Vorsitzende sagt, dass man die jeweiligen Jahre analysieren müsste, um hier antworten zu können. Bezüglich der Investitionen, die nicht erfolgt seien, berichte die Verwaltung laufend in den Sitzungen auch über Maßnahmen, die nicht kommen bzw. verschoben werden.

Auf Nachfrage von GRin Heike Günther (Bündnis 90/Grüne) gibt Müller Erläuterungen zu den Quoten im Zahlenwerk. Hier sei die Gemeinde gut aufgestellt, pauschal könne man allerdings nichts bewerten.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

- Der Gemeinderat der Gemeinde Karlsbad stellt den Jahresabschluss 2019 der Gemeinde Karlsbad gem. § 95 GemO i.V.m. § 95 b Abs. 1 GemO fest.
- Der Jahresüberschuss beim ordentlichen Ergebnis von 4.504.449,76 € wird in die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses eingestellt.
- Der Überschuss des Sonderergebnisses von 365.502,17 € wird in die Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses eingestellt.
- Einer Umbuchung gem. § 23 Satz 4 GemHVO von bereits verwendeten liquiden Mittel aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses von 3.405.173,46 € und aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses 365.502,17 € (Gesamt 3.770.675,63 €) in das Basiskapital wird zugestimmt.
- Der Bildung von Gebührenüberschussrückstellungen für den Bemessungszeitraum 2019 bei der Schmutzwasserbeseitigung in Höhe von 67.075,27 €, sowie für das Nieder-

schlagswasser 94.638,24 gemäß der Nachkalkulation des Büros Heyder & Partner für das Jahr 2019 wird zugestimmt.

- Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen werden genehmigt.

Einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 5 Vorinformation zu Videositzungen des Gemeinderates
u.A. gem. § 37a GemO
Vorlage: 10/1040/2020**

Hauptamtsleiter Benedikt Kleiner erläutert die Vorlage. Er betont dabei, dass Videositzungen eine zusätzliche Option seien und diese vor allem auch praktisch und technisch funktionieren müssten. Primär gehe die Gemeindeordnung von Präsenzsitzungen aus.

Ganz bedeutende Punkte seien die Übertragung in einen öffentlichen Raum sowie die technische Infrastruktur. Momentan gebe es hier Lieferverzögerungen.

Man wolle im Ältestenrat im ersten Quartal über das Thema diskutieren, die technischen Voraussetzungen prüfen und dann die Vorhaben schrittweise umsetzen. Allerdings müsse vorher die Machbarkeit gegeben sein und auch zusätzlich die Technik stehen.

GR Andreas Hartmann (Bündnis 90/Grüne) bewertet es als sehr gut, in diese Richtung zu gehen. Auch eine virtuelle Bürgerbeteiligung solle eingeplant werden.

GR Norbert Ried (CDU) will wissen, ob man sich alternativ auch externer Technik statt eigener Technik bedienen könne. Dies verneint der Vorsitzende. Kleiner sagt, dass momentan eine Videoübertragung noch nicht möglich sei.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge die Informationen und weitere Vorgehensweise zur Kenntnis nehmen - **zur Kenntnis genommen.**

**zu 6 Beratung und Beschlussfassung über die Verwendung von Haushaltsmitteln zur außerplanmäßigen Zuschussgewährung an Vereinen und Institutionen im Rahmen der Corona Pandemie
Vorlage: 10/1041/2020**

Der Vorsitzende übernimmt den Sachvortrag anhand der Vorlage. Die Vereine seien für das gesellschaftliche Leben wichtig. Man habe sie angeschrieben und gebeten, mitzuteilen in welcher Lage sich die Vereinsarbeit befinde und welche Probleme es gebe. "Es wird langsam enger für diese Arbeit. Wir möchten mit einem einmaligen Zuschuss die Vereine in dieser schwierigen Situation ein Stück weit unterstützen", so der Vorsitzende.

GR Reinhard Haas (SPD) fragt, ob bei diesem Thema Befangenheitsproblematiken bei Gemeinderäten vorliegen die in der Vereinsarbeit aktiv seien. Der Vorsitzende stellt klar, dass dies bei den beabsichtigten pauschalen Zuweisungen nicht der Fall sei.

Er stellt auf Nachfrage von GRin Heike Christmann (Freie Wähler) klar, dass grundsätzliche alle Vereine, also nicht nur diejenigen, die auf den Brief geantwortet hätten, profitieren sollen. Zugewiesene Mittel von Verbänden würden nicht angerechnet, antwortet er auf eine diesbezügliche Nachfrage von GR Günter Denninger (CDU).

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Der Gemeinderat möge der Verwendung der Haushaltsmittel gemäß der Vorlage für die finanzielle Unterstützung der Vereine im Rahmen einer außerplanmäßigen Aufwendung und deren Verteilung durch den BM zustimmen.

Einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

- zu 7 Beratung und Beschlussfassung über den Erlass einer Stellplatzsatzung in Karlsbad**
a) Abwägung über die im Rahmen der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen
b) Fassen des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 60/1032/2020

Der Vorsitzende erläutert eingangs, dass das Thema Zeit brauche und durch die Satzung selbst auch keine Parkplätze im Bestand geschaffen würden.

Joachim Guthmann von der Bauverwaltung hält Sachvortrag anhand der Vorlage. Die acht eingegangenen Stellungnahmen seien durchweg positiv, von Seiten der beteiligten Öffentlichkeit seien keine Stellungnahmen eingegangen.

GR Jürgen Herrmann (Freie Wähler) sieht die Satzung als absolut notwendig an. Ein Parkraumkonzept müsse auch noch angegangen werden. Dieses Thema müsse man, so der Vorsitzende, dann grundsätzlich diskutieren. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Antrag an den Gemeinderat:

- a) Der Gemeinderat beschließt über die im Rahmen der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen entsprechend der dieser Vorlage beigefügten Synopse.
b) Der Gemeinderat beschließt gemäß § 74 LBO und § 4 der GemO die Satzung über die Stellplatzverpflichtung von Wohnungen der Gemeinde Karlsbad (Anlage)

Mehrheitlich beschlossen Ja 24 Nein 1 Enthaltung 0 Befangen 0

- zu 8 Beratung und Beschlussfassung über Baugesuche - Reutäckerstraße 12**
Bauantrag: Erweiterung eines Lager- und Produktionsgebäude mit Büros
Grundstück: Reutäckerstraße 12, Ittersbach, Flst. 5908, 5909
Vorlage: 60/1023/2020

Joachim Guthmann erläutert kurz den Sachverhalt und sagt, dass der Bau- Planungs- und Umweltausschuss das Vorhaben schon befürwortet habe und dem Gemeinderat eine entsprechende Beschlussfassung empfehle. Es wird nicht weiter diskutiert.

Antrag an den Gemeinderat:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat, das Gemeindeeinvernehmen zur Befreiung der Überschreitung der Grundflächenzahl und somit zum gesamten Bauvorhaben zu erteilen.

Einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**zu 9 Beratung und Beschlussfassung wegen überplanmäßiger Ausgaben (Rückzahlung zu viel überwiesener Gelder des RP Karlsruhe) bei der Baumaßnahme „Sanierung Haupt- und Spielberger Straße“ in Karlsbad-Langensteinbach
Vorlage: 60/1039/2020**

Bauamtsleiter Ronald Knackfuß stellt den Sachverhalt dar. Unter anderem habe man das Regierungspräsidium schon früher auf die Rückzahlung hingewiesen. Es gibt keine Rückfragen aus dem Gremium.

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss:

Die Verwaltung empfiehlt dem Gemeinderat die Rückzahlung der zu viel überwiesenen Gelder vom Regierungspräsidium Karlsruhe (überplanmäßige Ausgabe) in Höhe von 55.168,85 € bei der Baumaßnahme „Sanierung Haupt- und Spielberger Straße“. Die Ausgabe wird aus im Jahr 2020 nicht benötigten Haushaltsmitteln der Baumaßnahme „Sanierung St. Barbara-Straße“ in Karlsbad-Langensteinbach finanziert.

Einstimmig beschlossen Ja 25 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

zu 10 Genehmigung von Protokollen

Es sind keine Protokolle zu genehmigen.

zu 11 Verschiedenes

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Wertstoffhof und die Grünsammelstellen weiterhin geöffnet seien. Am 7. Dezember habe die Verbandsversammlung des Regionalverbandes den Flächennutzungsplan 2030 beschlossen. Dieser beinhalte unter anderem eine Waldumwandlungserklärung. Man hoffe, dass dieser in der ersten Jahreshälfte 2021 genehmigt wird. Es habe, so der Vorsitzende, Lob für die Arbeiten am WC im Friedhof Untermutschelbach und für das Entfernen des Laubes auf dem Radweg zwischen Mutschelbach und Langensteinbach gegeben.

Rechnungsamtsleiterin Petra Goldschmidt sagt, dass das Budget vom Garten- und Umweltamt überschritten worden sei. Man erwarte eine Rechnung vom Büro Arlandt über voraussichtlich ca. 15.000 Euro für eine Nachuntersuchung im Gewässerbereich und bitte hierfür um Zustimmung des Gremiums. Garten- und Umweltamtsleiter Dr. Klaus Rösch informiert, dass es sich um eine Kontrolle des Erfolgs einer Maßnahme „Geschiebefreigabe“ handle

und die Gemeinde damit rechnen könne, dass die Kosten später zu 70 Prozent gefördert würden. Der Gemeinderat trägt dies mit.

Der Vorsitzende bedankt sich in persönlichen Worten beim Gremium für die vielen gemeinsamen Themenfelder die man erarbeitet habe, beispielsweise die Sanierungsmaßnahmen Bodenfilter, Schulzentrum sowie Projekte wie Jugendbeteiligung, Gutes Älterwerden, Nahwärme, Baugebiete, Bebauungspläne und kleinere Vorhaben. In allen Ortsteilen liefen Maßnahmen, die Geburtenzahlen in Karlsbad steigen wieder. Insgesamt sei dies ein guter Weg den man in respektvollem Miteinander beschritten habe. Er bedankt sich bei Gemeinderäten, Ortschaftsräten, Ortsvorsteher/innen und ehrenamtlich Tätigen sowie bei dem örtlichen Presseberichterstatte.

zu 12 Fragen der Zuhörer

Keine.

gez. Jens Timm
Vorsitzender

gez. Hans-Dieter Stößer
Protokollführer/in

Gemeinderat Jürgen Herrmann
Urkundsperson

Gemeinderat Reinhard Haas
Urkundsperson

Gemeinderat Roland Rädle
Urkundsperson

Gemeinderat Uwe Rohrer
Urkundsperson